



Industrie- und Handelskammer  
Halle-Dessau

## Vollversammlung am 6. Dezember 2023

### TOP 2 - Bericht des Präsidenten

Meine Damen und Herren,

ich wende mich heute mit meinem letzten Präsidentenbericht an Sie. Gerne würde ich dies mit einem erbaulichen Ausblick auf die wirtschaftspolitische Lage und Entwicklung tun. Leider ist dies aber nicht möglich.

Denn im Grunde meldeten alle Branchen in unserer letzten Konjunkturumfrage, dass sie das Investieren nahezu eingestellt oder zumindest auf das Allernötigste, nämlich die Deckung des Ersatzbedarfs beschränkt haben.

So eine Situation hatten wir auch vor rund anderthalb Jahrzehnten kurz nach Ausbruch der Finanzkrise oder in der jüngeren Vergangenheit während der Corona-Krise oder unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine. So verheerend das auch war: Es war nachvollziehbar, dass in diesen Krisenzeiten die Zeichen nicht auf Wachstum standen, nicht stehen konnten.

Aber in der aktuellen Lage fehlt dieses eine Krisenereignis, an dem man die Unsicherheit festmachen kann. Insofern ist es derzeit eben auch nicht akute Unsicherheit, die die Investitionsschwäche begründet, sondern schlicht mangelnde Zuversicht. Vor allem die mangelnde Zuversicht, dass unsere politischen Entscheidungsträger insbesondere auf Bundesebene ihrer politischen Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Deutschland gerecht werden.

Nach den Krisenjahren wäre jetzt eigentlich die Zeit des Aufholens angesagt. Die vormals zurückgestellten Investitionen müssten jetzt nachgeholt werden. Aber davon ist nichts zu sehen.

Und das ist nicht nur für die heutige Wirtschaftstätigkeit relevant – Sie wissen: Deutschlands Wirtschaft schrumpft in diesem Jahr und Sachsen-Anhalts Wirtschaft schrumpft im Ländervergleich am zweitstärksten.

Sondern die ausbleibenden Investitionen heute sorgen für ausbleibendes Wachstum morgen. Dieses Wachstum aber ist unverzichtbar für die Sicherung unseres Wohlstandes. Kurzum: Investitionen braucht das Land!

Und damit meine ich natürlich in erster Linie **private** Investitionen der Unternehmen hier im Land, denn auf staatliche Investitionen können und sollten wir uns nicht verlassen. Der Staat leistet ohnehin kaum echte Investitionen, sondern er konsumiert hauptsächlich oder er verteilt um. Von den 481 Milliarden, die der Bund im Jahr 2022 ausgegeben hat, entfielen gerade einmal kümmerliche sechs Milliarden auf Sachinvestitionen, 1,2 Prozent also. In Worten: eins Komma zwei Prozent. Es ist nicht zu fassen!

**Private** Investitionen werden von Unternehmen getätigt mit der Absicht, damit Produkte oder Dienstleistungen herstellen zu können, die von den Verbrauchern nachgefragt werden. So funktioniert unsere Marktwirtschaft: Letztlich steuern die Kunden den Kahn und diese entscheiden, was und in welcher Menge produziert wird.

Längst nicht jedem ist das klar. Und längst nicht jeder will das akzeptieren. So zum Beispiel unser Bundesklimaminister. Dieser ist der Ansicht, es sei seine Aufgabe, möglichst konkret festzulegen, was produziert werden soll und was konsumiert werden darf.

So stellte Herr Habeck beispielsweise vor kurzem seine Vorstellungen eines deutschen Wasserstoffkernnetzes vor. Davon blieb mir ein Satz besonders in Erinnerung: Die zu bauenden Leitungen **dürften gerne** von privaten Investoren finanziert werden. Aha. Herr Habeck weist also an und die Unternehmen **dürfen gerne** ausführen. Ein bemerkenswertes Verständnis von Marktwirtschaft! Zumal bei einem Bundeswirtschaftsminister – und erst recht, wenn es um Investitionen in Netzinfrastruktur geht!

Jetzt sollte man sicher nicht immer jedes Wort auf die Goldwaage legen. Bei unserem Klimaminister zieht sich diese Denke aber nicht nur durch das Gesprochene, sondern auch durch das Geschriebene.

Denn in seiner kürzlich vorgelegten Industriestrategie tritt dieselbe Vorstellung von ministerialer Feinsteuerung und dem Unternehmer als Ausfühler zu Tage. Hier legt Herr Habeck fest, welche Branchen aus seiner Sicht wachsen sollen und wem die Zukunft gehört. Dass der Verbraucher der Steuermann ist, kommt in dieser Denke einfach nicht vor.

Meine Damen und Herren, das hat nichts mehr mit Marktwirtschaft zu tun! Wir brauchen nämlich nicht den gönnerhaft gehobenen Daumen eines Klimaministers, wir brauchen vernünftige investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, um die sich ein wirklicher Wirtschaftsminister kümmert. Und wir brauchen einen Staat, der seiner Verantwortung für die Schaffung solider Netzinfrastruktur gerecht wird. Zumal dann, wenn es dabei um die Funktionsvoraussetzungen für ein Energienetz geht, das der bewusste Minister selbst für das Gelingen jener „Energiewende“ wünscht, die nicht etwa wir Unternehmer, sondern er selbst bzw. die Politik ins Werk gesetzt haben!

Und vor allem brauchen wir kein Durchdrücken ideologischer Wunschträume gegen den Markt, also gegen die Verbraucher. Denn das geht, wenn überhaupt, nur durch Einsatz gewaltiger Summen an Fördermitteln, finanziert aus Steuergeldern oder Staatsschulden. Da beide Möglichkeiten verschlossen sind, wollte die Bundesregierung durch findige Umbuchungen die Schuldenbremse umgehen. Zum Glück hat das Bundesverfassungsgericht dem nun einen Riegel vorgeschoben.

Der Aufschrei war natürlich groß. Vor allem bei unserer notorisch verschwenderischen Bundesregierung. Von einer Abschaffung der Schuldenbremse oder von Steuererhöhungen war schnell die Rede. **Dabei wird aber bewusst unterschlagen, dass Deutschland gewiss kein Einnahmeproblem, wohl aber ein massives Ausgabenproblem hat!** Und das vor allem deshalb, weil seit vielen Jahren eine konsequente Aufgabenkritik versäumt wurde.

Ausgaben folgen nun einmal Aufgaben. Die Folge der über lange Jahre hinweg versäumten Aufgabenkritik ist ein ständig wachsender staatlicher Sektor und eine erhebliche Investitionszurückhaltung in der Privatwirtschaft. Diese Gemengelage hat nun auch den Sachverständigenrat – den berühmten „Rat der Weisen“ – dazu gezwungen, seine Annahmen über das Wachstumspotential Deutschlands nach unten zu korrigieren.

Beim „Wachstumspotenzial“ sprechen wir wohlgerne nicht über das Wirtschaftswachstum des nächsten Jahres, sondern über das, was aufgrund der Gegebenheiten mittel- und langfristig überhaupt an Wachstum **möglich** ist. Und dieser Wert beträgt über das nächste Jahrzehnt gerade einmal 0,4 Prozent pro Jahr.

Und da das tatsächliche Wachstum von Jahr zu Jahr um diesen Wert herum schwankt, heißt das, dass wir in den nächsten Jahren jubeln müssen, wenn wir mal ein Prozent Wachstum erreichen, aber uns auch nicht wundern dürfen, wenn das Wachstum mitunter komplett ausbleibt.

Meine Damen und Herren, ich will es einmal anders ausdrücken: 0,4 Prozent Potentialwachstum bedeutet ein Jahrzehnt der Stagnation! Eine Stagnation, die angesichts des munter wachsenden Staates unseren Wohlstand aufzehrt. So einfach ist das. Und so problematisch ist das. Und so deutlich muss man das sagen!

Ein Beleg für diese Entwicklung Deutschlands zum Versorgungsstaat sahen wir besonders markant im Jahr 2021. In jenem Jahr stieg die Zahl der öffentlich Beschäftigten über die 5 Millionen-Marke, und im gleichen Jahr sank die Zahl der Selbstständigen unter die 4-Millionen-Schwelle, Tendenz leider weiterhin fallend.

Und das leider auch bei uns in Sachsen-Anhalt. Um die derzeit vorhandene Unternehmensdichte zu halten, wären mindestens 6.000 nachhaltige Gründungen von Einzelunternehmern erforderlich. Das wären 15 Prozent mehr als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre.

Und es wird nicht nur zu wenig gegründet, sondern es fehlen auch für die bestehenden Unternehmen die Nachfolger. Bis zum Jahr 2030 stehen in Sachsen-Anhalt fast 11.000 Übergaben von Unternehmen und Gesellschaftsanteilen an, davon mehr als 6.000 bei Einzelunternehmen.

Die Ursachen liegen auf der Hand: Der Fach- und Arbeitskräftemangel, zusätzlich verschärft durch eine Raupe Nimmersatt namens Staat, der immer wieder aufs Neue gierig auf die knapper werdende Arbeitskräftebasis zugreift. Durch die Inflation halten die Verbraucher ihr Geld zusammen. Die Energiekosten sind viel zu hoch, und auch die Personalkosten nehmen angesichts der Lohn-Preis-Spirale zu. Und wir dürfen auch die Folgen der letzten Jahren insbesondere für die Liquidität der Unternehmen nicht vergessen.

Wenn dann noch ein übergriffiger und kleinkariert-bürokratischer Staat die unternehmerischen Handlungsspielräume erstickt, dann denken die Inhaber immer häufiger über Schließung nach. Und die Nachfolgeentwicklung gestaltet sich ebenfalls schwierig.

Um den zukünftigen Bedarf an Unternehmensnachfolgen annähernd decken zu können, bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung.

Die Bürokratie muss entschlossen und konsequent drastisch auf das notwendige Mindestmaß beschränkt und Steuerlasten müssen gemindert werden.

Vor allem aber brauchen wir mehr Gründungswillige. Der Schritt in die Selbstständigkeit muss wieder erstrebenswert sein. Dazu braucht es mehr Unternehmergeist – vor allem auch bei jungen Menschen. Das freilich werden fromme Wünsche bleiben, wenn das Klima in Deutschland nicht endlich wirtschaftsfreundlicher wird!

Die wichtigsten Fakten rund um die Nachfolgethematik finden Sie im ersten Nachfolgereport des Netzwerks Unternehmensnachfolge Sachsen-Anhalt, der die vier gewerblichen Kammern des Landes angehören. Dieser Nachfolgereport liegt heute der Tischvorlage bei.

Das Thema Nachfolge ist übrigens eng mit den ausbleibenden Investitionen verbunden. Für beide Themen ist Zuversicht nötig und vor allem bessere Rahmenbedingungen zum Wirtschaften. Für beides wird sich die IHK weiterhin einsetzen – wie in der letzten Vollversammlungsperiode, so auch in der nächsten.